

Stellungnahme zur gemeinsamen Sitzung von Kultur- und Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 26.08.2014

Kulturelle Bildung ermöglicht Menschen eine aktive Teilhabe an der Welt und der Gesellschaft, sie hält die vielfältigen und mancherorts sozial auseinander driftenden Teile einer Großstadt wie Hamburg zusammen. Deshalb gewinnt die kulturelle Bildung immer stärker an Bedeutung. STADTKULTUR HAMBURG und die Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendkultur (LAG) begrüßen es daher ausdrücklich, dass sich Kultur- und Schulausschuss der Bürgerschaft endlich zur lange geplanten gemeinsamen Sitzung zum Thema kulturelle Bildung in den Schulen zusammengefunden haben.

Der Wechsel zum Ganzttag stellt den hoch ausgebildeten Bereich der außerschulischen kulturellen Bildung vor viele Herausforderungen, die von Kultur- und Schulbehörde bisher völlig unzureichend berücksichtigt werden – das hat dramatische Folgen für die Schüler/innen und den notwendigen Aufbau neuer Strukturen. Im November 2012 hatte eine Expertenanhörung der Gremien ergeben, dass es zwar eine große Vielfalt im Bereich der kulturellen Bildung in Hamburg gibt, sie aber vor allem aus finanziellen, organisatorischen und strukturellen Gründen akut gefährdet ist.

Auch wenn einige zentrale Probleme in der aktuellen Sitzung thematisiert wurden, ist das Ergebnis nicht zufriedenstellend. Es zeigte sich, dass Schulsenator Ties Rabe und seine Behörde vorhandene Probleme nicht sehen und nicht wissen, was an Hamburgs Schulen an kultureller Bildung tatsächlich stattfindet. Es fehlt ihnen offenbar das Verständnis, dass die Kompetenz für kulturelle Bildung in Stadtteilkultur sowie Kinder- und Jugendkultur seit Jahrzehnten etabliert und daher nicht ausschließlich neu innerhalb der Schule auszubilden ist. Daher erhalten Schüler/innen unnötigerweise nicht die volle mögliche Qualität kultureller Bildung. Damit diese im Kontext von (Ganztags-)Schule gelingen kann, braucht es mehr als die Einführung bestimmter Fächer: Es braucht eine umfassende kulturelle Schulentwicklung.

Die zentralen Punkte im Einzelnen:

Motivation zu kultureller Bildung an Schulen und Etablierung von Nachhaltigkeit

Der Schulsenator lehnt es ab, im Bereich der kulturellen Bildung den Schulen Vorgaben zu machen, da dies einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Schule darstelle. Dabei gäbe es auch in diesem Rahmen geeignete Ansätze, um zu mehr kultureller Bildung zu animieren, z.B. eine Empfehlung zu einzuplanenden Budgets für kulturelle Bildung oder dazu, in welchem Umfang kulturelle Bildung bei der Gestaltung des Nachmittags an Ganzttagsschulen berücksichtigt werden sollte.

Es besteht offensichtlich ein sowohl parteien- als auch behördenübergreifender Konsens darüber, dass zukünftig statt in einzelne Kooperationsprojekte von Schule und Kultur eher in den Aufbau von Strukturen investiert werden sollte. Doch es scheint bisher keine Ideen oder Ansätze zu geben, wie dies gelingen und notwendigerweise auch finanziert werden könnte und welche Strukturen konkret wünschenswert wären.

Keine Perspektiven zur zukünftigen Entwicklung.

Qualität der kulturellen Bildung in der Schule sichern durch Einbeziehung des „freien“ Expertentums der Künstler und Kulturinstitutionen im Bildungsbereich

Die im Ganzttag hinzu gewonnene Zeit muss qualität- und sinnvoll genutzt werden. Einrichtungen der Stadtteilkultur, Anbieter der Kinder- und Jugendkultur und viele freie Künstler verfügen über jahrzehntelange Erfahrung auf dem Gebiet der kulturellen Bildung. Sie bieten eine große Bandbreite unterschiedlichster, zeitgemäßer Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten. Die Schulbehörde muss lernen, dass Lehrer keine allumfassenden Experten für Lebenswelten sind.

Kein Bewusstsein über vorhandenes Expertentum.

Finanzierung des realen Aufwandes für kulturelle Bildung durch außerschulische Experten

Qualitätvolle und nachhaltige kulturelle Bildung in der Schule oder einem außerschulischen Lernort erfordert eine umfangreiche Vorarbeit: Konzeptentwicklung, Kooperationsgespräche, Planung, Koordination, Vor- und Nachbereitung. Die Schulbehörde gibt 194 Millionen Euro für die Finanzierung der kulturellen Bildung in der Schule aus, davon aber nur 4 Millionen für Projekte mit außerschulischen Anbietern. Dieses eklatante Missverhältnis resultiert aus der irrigen Auffassung, dass hochwertige Inhalte nur von Lehrern vermittelt werden könnten.

Für alle Angebote – unabhängig vom Umfang der Vor- und Nacharbeiten – empfiehlt die Behörde den Schulen ein durchschnittliches Honorar von etwa 23 Euro pro Stunde. Zum Vergleich: Fachleistungsstunden aus den Hilfen zur Erziehung werden mit etwa 55 € angesetzt. Fragen nach der somit meist prekären Finanzierung der in Schulen tätigen Kulturschaffenden wurden von der Schulbehörde abgewiegelt: Die selbstverwaltete Schule könne über Honorarsätze selbst entscheiden. Darüber, wie bei dieser Finanzierung Qualität zu sichern sei, wurde erst gar nicht gesprochen.

Kein Verständnis für die prekäre Situation und die Schlechterstellung von Kulturschaffenden und außerschulischen Institutionen.

Erreichen außerschulische Lernorte ermöglichen

Der Besuch außerschulischer Lernorte setzt in vielen Fällen voraus, dass die Schüler begleitet werden. Gleichzeitig müssen häufig Öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden. Die Wiedereinrichtung eines kostenlosen Begleitservices und die kostenfreie Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel für das Erreichen außerschulischer Lernorte sind für ganzheitliche kulturelle Bildung unabdingbar.

Bei beiden Behörden keine Ideen für eine Lösung.

Fazit

Die Möglichkeiten, sich frei zu entfalten und Lebenswelten zu erfahren, die Kinder und Jugendliche früher am Nachmittag hatten, ist durch die Ganztagschule in den Verantwortungsbereich der Schulen übergegangen. Darin liegt eine große Chance, aber auch ein ebenso großes Risiko. Die Schulbehörde sollte daher vorhandene Expertise einbeziehen, den Aufwand externer Experten und Künstler angemessen bezahlen und gemeinsam mit der Kulturbehörde die kulturelle Schulentwicklung durch Empfehlungen und den Aufbau nachhaltiger Strukturen vorantreiben. Beide Behörden gemeinsam müssen eine Lösung finden, wie außerschulische Lernorte einbezogen und erreicht werden können. Ein erster Schritt dieses langen Weges ist mit der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse getan. Viele weitere müssen folgen.

Viele konkrete Kooperationen, aber auch viele Ideen der Behörden scheitern an fehlenden Mitteln. Durch die Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund werden in Hamburg gerade in erheblicher Höhe Gelder frei, die für Schulen und Hochschulen eingesetzt werden müssen. Die LAG und STADTKULTUR HAMBURG fordern daher, einen Teil dieser Mittel zu verwenden, um einen Fonds einzurichten, aus dem Schulen und ihre Partner Gelder für Kooperationen beantragen können und über dessen Vergabe eine unabhängige Jury befindet. Das wäre zumindest ein erster Ansatz, um wieder Perspektiven für zukünftige Entwicklungen zu eröffnen.

Hamburg, den 29.08.2014

Vorstände und Geschäftsführungen
Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendkultur und STADTKULTUR HAMBURG